

## **Stadtverwaltung soll Eintritt für Pillnitz verhindern**

Von Kay Haufe

### **Die Oberbürgermeisterin soll dem Freistaat die Gebühr wieder ausreden. Bürger planen Protest.**

Jetzt wird auch der Stadtrat wach: Gegen die geplante Eintrittsgebühr für den Pillnitzer Schlosspark wollen die Fraktionen der Linken, Grünen und der SPD vorgehen. Sie haben einen Antrag gestellt, dass sich die Stadt zu einem weiterhin kostenfrei zugänglichen Schlosspark Pillnitz bekennt. Oberbürgermeisterin Helma Orosz soll beauftragt werden, gegenüber allen zuständigen Stellen des Freistaates auf dieses Ziel hinzuwirken und in einer Einwohnerversammlung über ihre Aktivitäten und deren Ergebnisse zu berichten.

„Die Entscheidung des Freistaates, Eintritt für den Schlosspark Pillnitz zu erheben, beeinträchtigt die Interessen der Landeshauptstadt Dresden erheblich“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Lames. Er wolle die Dresdner Tradition des uneingeschränkten Zugangs zu öffentlichen Parks verteidigen. Es liege im Interesse von Dresden, den besonderen Charakter des Ortes zu bewahren und den Park für alle offen zu halten, sagt André Schollbach von den Linken.

„Die Bürgerversammlung in Pillnitz hat gezeigt, dass die Dresdner nicht durch eine Landesbehörde vor vollendete Tatsachen gestellt werden wollen“, so Grünen-Politikerin Christiane Filius-Jehne. Die Oberbürgermeisterin sollte deshalb diese Dresdner Position auch gegenüber dem Land sehr deutlich machen. Außerdem fordert Filius-Jehne weitere Einwohnerversammlungen. Die sind bereits in Planung. Der Loschwitzer Ortsbeirat hat das Angebot von Schlösserchef Christian Striefler angenommen, seine Gründe für die Erhebung einer Eintrittsgebühr in Pillnitz öffentlich darzulegen. Die Sitzung findet am 15. Februar um 17 Uhr im Ortsamt Loschwitz statt.

In Pillnitz indes geht der Protest gegen den Eintritt weiter. Geplant sind öffentlichkeitswirksame Aktionen, die nun vorbereitet werden. Die Bürgerinitiative wartet indes auf eine Antwort des Finanzministers auf ihren Brief. Darin hatten sie die Aussetzung der ab April vorgesehenen Gebühren gefordert.